

GUTE ARBEIT, GERECHTE RENTEN, BEZAHLBARE MIETEN: DAS HABEN WIR FÜR SIE ERREICHT!

Die Berliner SPD will mehr für diese Stadt. Wir wollen mehr für Sie! Und, wir denken an Ihre Zukunft. Das betrifft alle Lebensbereiche: Bildung, Arbeit, Rente, Miete und den soliden Landeshaushalt. Dafür planen, verhandeln und arbeiten wir. *Damit Berlin bleibt was es ist: eine attraktive Millionenstadt, in der Wohnraum und Energiepreise bezahlbar bleiben und in der es gerecht zugeht beim Einkommen und der Rente. Das haben wir für Sie erreicht:*

■ **Eine Rente, die vor Armut schützt und den Lebensstandard sichert!**

Wir sind der Überzeugung: Wer jahrzehntelang Rentenbeiträge einzahlt, muss im Alter auch von der Rente leben können. Die Alterssicherung muss solidarisch finanziert werden. Dazu müssen wir jetzt gegensteuern, damit nicht immer mehr Rentnerinnen und Rentner von der Grundsicherung leben müssen. Wir kämpfen dagegen, dass immer mehr Menschen im Alter Angst vor Armut und dem Verlust des hart erarbeiteten Lebensstandards haben müssen:

- Die SPD will ein weiteres Absinken des Rentenniveaus auf bis zu 43 % verhindern und das gegenwärtige Sicherungsniveau von über 50 % erhalten.
- Wer lange arbeitslos war oder zu wenig verdient hat, erhält eine Solidarrente von 850 Euro.
- Die Gerechtigkeitslücke zwischen Ost und West wird bei den Renten bis 2020 endlich geschlossen. Damit wird umgesetzt, was Schwarz-Gelb schon lange versprochen, aber nie gehalten hat.

■ **Wohnen muss bezahlbar bleiben!**

Berlin ist Anziehungspunkt für Menschen aus aller Welt. Zugleich wird Wohnen teurer. Die Berliner SPD will dieser Marktentwicklung etwas entgegensetzen. Damit Wohnen bezahlbar bleibt und die Berliner Mischung Bestand hat:

- „Bündnis für soziale Wohnungspolitik“: Vertragspartner sind die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften. Eine Sozialklausel begrenzt die Miete. Niemand soll mehr als 30 % seines Einkommens für Miete ausgeben müssen.
- Wir bauen neue Wohnungen. Viele Bauprojekte im ganzen Stadtgebiet sind in Planung. 7.000 Wohneinheiten wurden zudem allein durch Zukauf der städtischen Wohnungsbaugesellschaften bereitgestellt.
- Durch eine SPD-geprägte Liegenschaftspolitik soll sozialer Nutzen vor Preis gehen – das heißt die Bedürfnisse der Berlinerinnen und Berliner stehen im Vordergrund.
- Mietrecht ist weitgehend Bundesrecht. Durch Bundesratsinitiativen und Bündnisse der großen deutschen Städte werden wir für die Begrenzung des Mietanstiegs kämpfen!

■ Rekommunalisieren – für faire und soziale Preise!

Wir wollen Wasser und Strom wieder in kommunale Hände legen. Das hat gute Gründe. Monopolgewinne aus den Netzen sollen den Berlinerinnen und Berlinern zugutekommen. Wir wollen sozial ausgewogene und faire Preise, damit auch die Betriebs- und Nebenkosten nicht immer weiter steigen:

- Seit 2010 setzt die Berliner SPD auf die Rekommunalisierung von Energie und Wasser. Mit dem landeseigenen Unternehmen Berlin Energie wollen wir mindestens 51 % der Beteiligung an dem Berliner Stromnetz übernehmen.
- Mit der Gründung eines Berliner Stadtwerks wollen wir günstigen Ökostrom anbieten.
- Der Rückkauf von Anteilen der Wasserbetriebe kommt Ihnen unmittelbar zugute. Schon für das laufende Jahr 2012 wurde eine Wasserpreissenkung von 60 Millionen vereinbart, die mit der Abrechnung 2013 zurückgezahlt werden wird. Die Neukalkulation der Wassertarife ermöglicht eine langfristige Preissenkung von 15 %.

■ Berlins Arbeitsmarkt erholt sich – die Wirtschaft wächst!

Berlin war nach dem Mauerfall besonders von Strukturwandel, Einbruch der Wirtschaft und Abwanderung der Industrie betroffen. Zahlreiche Menschen verloren ihre Arbeit. Doch seit sieben Jahren wächst kein anderes Bundesland so dynamisch wie Berlin. Damit Berlin attraktiv bleibt und noch mehr Arbeitsplätze geschaffen werden, haben wir das für Sie erreicht:

- Im ersten Halbjahr 2012 hielt Berlin mit einem Wachstum von 1,8 % bundesweit den Spitzenplatz. In 2011 wurden 40.000 neue sozialversicherungspflichtige Jobs geschaffen.
- Mit dem Programm „BerlinArbeit“ haben wir eine strategische Neuausrichtung der Berliner Arbeitsmarktpolitik. Insbesondere für Langzeitarbeitslose gibt es abgestimmte Qualifizierungs- und Begleitangebote.
- Das Land Berlin geht bei der Bezahlung von Arbeitnehmern bei öffentlichen Aufträgen mit gutem Beispiel voran: Es muss ein Mindestlohn von 8,50 Euro gezahlt werden.

Berlin stand und steht vor großen Herausforderungen.

Die Berliner SPD denkt an Ihre Zukunft.

Dafür kämpfen wir – dafür stehen wir ein!

Die Berliner SPD wünscht Ihnen ein schönes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch in das Jahr 2013.

Wenn Sie Unterstützung suchen oder Fragen an uns haben, kommen Sie zu uns in die Müllerstraße 163 in Berlin-Wedding oder rufen Sie uns an (Telefon 030-4692-222 bzw. schreiben Sie eine E-Mail an buergerservice.berlin@spd.de). Wir helfen gerne weiter!